

Stuttgart, 17.09.2007

Richtlinien zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf dem Marienplatz in Stuttgart-Süd

Beschlussvorlage

| Vorlage an | zur | Sitzungsart | Sitzungstermin |
|-------------------------------------|------------------|------------------|----------------|
| Ausschuss für Umwelt und Technik | Einbringung | nicht öffentlich | 02.10.2007 |
| Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen | Beratung | öffentlich | 12.10.2007 |
| Ausschuss für Umwelt und Technik | Beratung | öffentlich | 16.10.2007 |
| Gemeinderat | Beschlussfassung | öffentlich | 18.10.2007 |

Dieser Beschluss wird nicht in das Gemeinderatsauftragssystem aufgenommen.

Beschlussantrag

1. Vom Bericht der Verwaltung über die gewonnenen Erfahrungen bei der Anwendung der Richtlinien zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf der öffentlichen Verkehrsfläche des Marienplatzes in Stuttgart-Süd wird Kenntnis genommen.
2. Die Gültigkeit der Richtlinie zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf der öffentlichen Verkehrsfläche des Marienplatzes in Stuttgart-Süd wird in Abstimmung mit dem Bezirksbeirat Süd über den 31.12.2007 hinaus unbefristet beschlossen.

Begründung

Nach Umbau und Neugestaltung des Marienplatzes 2005 wurden Befürchtungen laut, dass häufige Veranstaltungen zu massiven Belastungen der Anwohner und der weiteren Umgebung führen könnten. Im November 2005 traten daher die „Richtlinien zur Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen auf dem Marienplatz in Stuttgart-Süd“ in Kraft. In der Folge zeigte sich, dass weitaus weniger derartige Anträge beim Amt für öffentliche Ordnung eingingen als erwartet wurde.

Insgesamt wurden nach Inkrafttreten der mit GRDrs. 425/2005 am 22.09.2005 beschlossenen Richtlinien folgende Aktivitäten aufgezeichnet:

1. 2005: 1 Pressetermin
2. 2006: 2 Ablehnungen von gewerblichen Flohmärkten
3. 2007: Ablehnung der Bike-Börse i.V.m. der Straßenrad-WM.

Damit wurde der in den Richtlinien vorgegebene maximale Rahmen von 4 Veranstaltungen mit Stadtteilbezug und 2 Veranstaltungen ohne Stadtteilbezug pro Jahr nicht ausgeschöpft.

Der ursprüngliche planerische Gedanke mit einer weitgehend veranstaltungsfreien Platzfläche konnte somit umgesetzt werden. Um dies auch in Zukunft zu gewährleisten schlägt die Verwaltung vor, die bis Ende 2007 befristete Regelung in eine unbefristete umzuwandeln.

Finanzielle Auswirkungen

-

Mitzeichnung der beteiligten Stellen:

Referat StU, T, WFB und AK

Die Vorlage wird im Bezirksbeirat Süd am 09.10.2007 behandelt.

Vorliegende Anfragen/Anträge:

-

Erledigte Anfragen/Anträge:

-

Dr. Martin Schairer
Bürgermeister

Anlagen

-

<Anlagen>